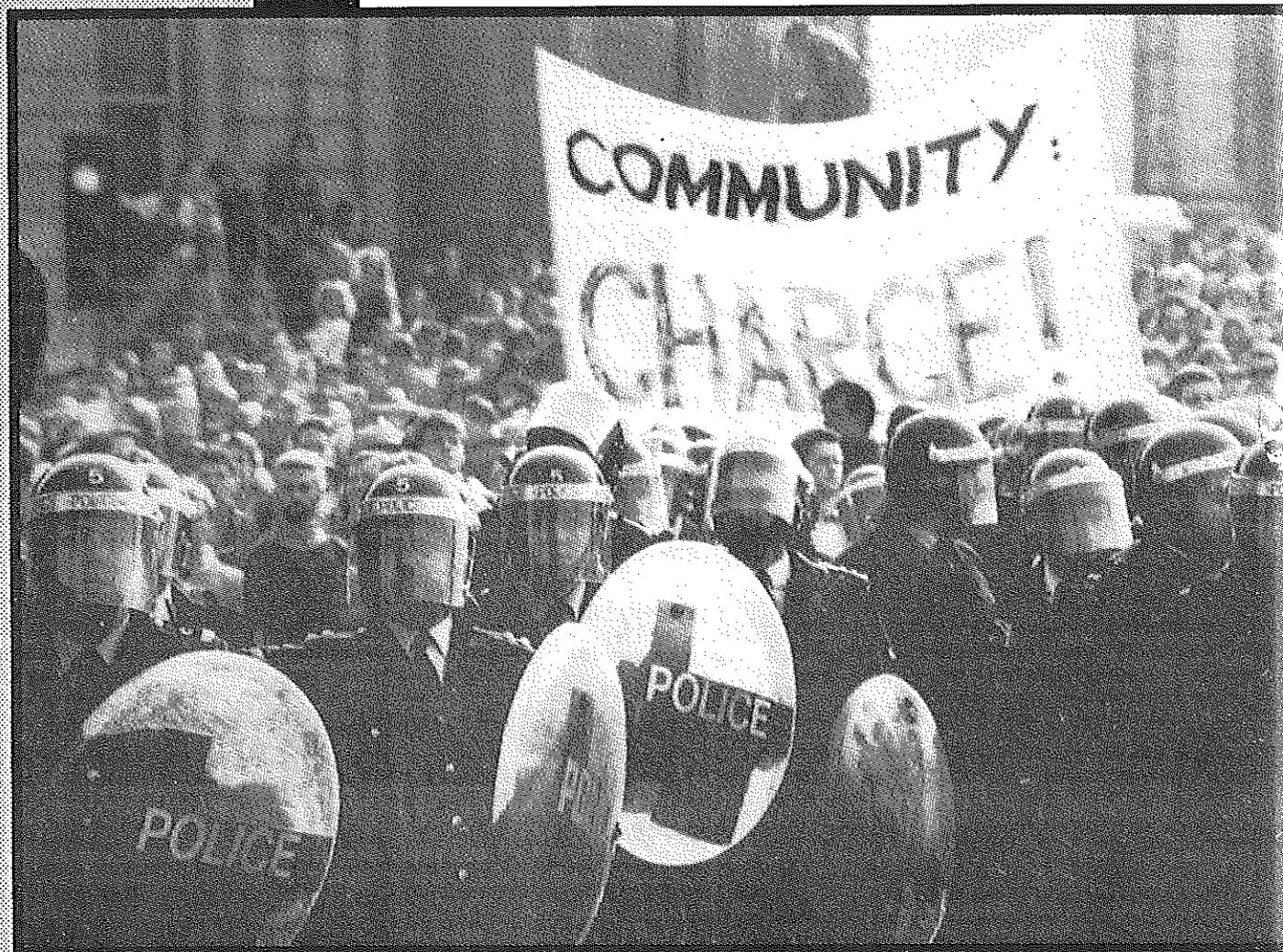


Marxistische Hefte

2,- DM
Nr. 1 - April 1991



Themen u.a.:

Randale als Methode?
Was ist Imperialismus?



VORAN Marxisten in der SPD

Dies ist die erste Ausgabe der „Marxistischen Hefte“, die von der Redaktion VORAN, Zeitung der Marxisten in SPD und Jusos, herausgegeben wird. Mit dieser Reihe wollen wir die aktuellen und programmatischen Artikel unserer Monatszeitung mit weiterem Hintergrundmaterial ergänzen.

Wir hoffen, daß die übersetzten Artikel aus der marxistischen Presse anderer Länder besonderes Interesse finden.

Weitere Ausgaben der „Marxistischen Hefte“ werden in unregelmäßigen Abständen und in unterschiedlichem Umfang – also nach Bedarf und Gelegenheit – erscheinen. Vorschläge und Angebote, Artikel zu schreiben oder zu übersetzen, sowie Leserbriefe sind stets willkommen.

Redaktion VORAN, im April 1991

Zum Umschlagfoto:

„Community Charge“ ist der offizielle Name für die Poll Tax und bedeutet „Kommunalgebühr“. In der Formulierung auf dem Transparent bedeutet es aber: „Gemeinde: Auf zum Angriff!“

Inhalt

	Seite
Poll Tax – Ist Randal der Weg zum Sieg?	1
Paradies Panama?	6
Vergessenes Land: Nicaragua	9
Was ist Imperialismus	10
Das Baltikum im Griff des Militärs	14

Impressum:

Herausgeber:

VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504

Poll Tax – Ist Randalerei der Weg zum Sieg?

Übersetzung aus „MILITANT International Review“ Nr. 45, 1991.

Übersetzt von Barbara Kirschbaum, Köln.

Am 31. März 1990 mobilisierte die britische „Anti-Poll-Tax-Federation“ 200.000 Menschen in London und 50.000 in Glasgow auf Demonstrationen gegen die Kopfsteuer. Diese größte Massenmobilisierung des Jahrhunderts war ein konkreter Ausdruck der größten Kampagne kollektiven Ungehorsams in der Geschichte Großbritanniens. Trotz offener Opposition von Labour- und TUC-Führung (Gewerkschaftsdachverband), Sabotage von prominenten Labour-„Linken“ und Skepsis der linken Sekten ist es der Föderation gelungen, eine Bewegung von 15 Millionen Steuerverweigerern zu organisieren. Schon neun Monate nach der Demonstration wurde Thatcher von ihren eigenen Abgeordneten panikartig abgesägt, und kurz vor dem Jahrestag – worauf noch eine Großdemonstration geplant war – wurde die Abschaffung der Steuer angekündigt. Die Bestätigung der Strategie und Taktik, die die Marxisten der Labour Party um die Wochenzeitung MILITANT in der Föderation durchsetzten, wurde vollendet.

Aus dieser Erfahrung muß man auch in der BRD und anderen Ländern lernen, denn die falschen Strategien der Labour-Führung (opportunistische Anpassung an die konservative Regierung) und der ultralinken Sekten (ziellose Randalerei) haben wir auch hier gesehen.

Louise James antwortet auf ein kürzlich erschienen Pamphlet, in dem argumentiert wird, daß Randalerei „ein positiver und konstruktiver Beitrag zum Anti-Poll-Tax-Kampf ist.“

Die 200.000 Menschen umfassende Demonstration, die letzten März von der gesamt-britischen Anti-Poll-Tax-Vereinigung organisiert worden war, versetzte der britischen herrschenden Klasse einen Schock. Die wachsende ärgerliche Stimmung wegen der Poll Tax hatte sich zusammengeballt in einer großen nationalen Demonstration, die Tony Benn als die größte der letzten hundert Jahre bezeichnete. Die auf örtlicher Ebene aufgebauten Anti-Poll-Tax-Unions (APTUs) hatten in nur zwei Monaten über 6000 Lobbies, Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen organisiert. Vor ihren eigenen Augen sah die Tory-Regierung, wie die Unterstützung für sie zusammenbrach. Wie vorhersehbar gewesen war, antworteten sie mit einer Kampagne „Rote Gefahr“, daß Gewalt außerhalb der Bezirkstreffen „orchestriert“ würde, besonders von MILITANT.

Es wurde auch versucht, MILITANT die Verantwortung für die gewalttätigen Zusammenstöße am Schluß der Demo des 31. März 1990 zuzuschreiben. Aber wer war wirklich verantwortlich für das, was ablief? Es war während und nach der Demonstration offensichtlich, daß schon im voraus Pläne von ranghöheren Polizeioffizieren gemacht worden waren, die Demonstration zu sabotieren und die Voraussetzungen für spätere Strafaktionen gegen die Führer der Anti-Poll-Tax-Bewegung zu schaffen. Vereinbarungen, die im Vorfeld zwischen der Vereinigung und der Polizei getroffen worden waren, wurden gebrochen. Die Halteplätze für die Busse wurden grundlos geändert, so daß die Ordner aus den Regionen den Haupttreffpunkt für Ordner nicht erreichen konnten und so keine Anweisungen für den Tag erhalten konnten. Die Polizei mißachtete Richtlinien, die mit der Vereinigung aufgestellt worden waren, nämlich daß die Ordner sich mit Sitzblockaden befassen würden. Stattdessen griff die Polizei ein und benutzte einen derartigen Protest als Vorwand, die Demonstration anzugreifen. Das war der Funke, der die ersten Kämpfe auslöste, die dann zu ernsthaften Zusammenstößen und dann zur vollen Randalerei eskalierten, zweifelsohne zur Überraschung der Polizei.

Bezeichnenderweise wurde sofort nach der Demonstration eine NOP-Meinungsumfrage (NOP = Meinungsforschungsinstitut) in Auftrag gegeben. Mit der Feststellung „Einige Leute haben gesagt, daß die MILITANT-Tendenz und andere anarchistische Gruppen (!) hinter dieser Gewalt stehen“ wurde die Frage eingeleitet, ob „die Regierung Strafverfahren gegen solche Gruppen einleiten solle oder nicht“. NOP weigerte sich zu sagen, wer die Umfrage in Auftrag gegeben hat, und die Regierung weigerte sich zu bestätigen, daß sie es gewesen sei.

Plante die herrschende Klasse, den 31. März als Vorwand zu nutzen, um mit weiteren Maßnahmen gegen führende Anti-Poll-Tax-Aktivisten vorgehen zu können? Sicherlich, führte doch die der Demonstration folgende Polizei-Operation „Carnaby“ zu über 500 Inhaftierungen. Früh morgens fanden bei Anti-Poll-Tax-Aktivisten in Islington, Hackney und East Midlands Hausdurchsuchungen statt.

Aber der Versuch der Tories, durch eine provozierte „Randalerei“-Situation die Bewegung zu desorien-

tieren, ging nach hinten los. Eine von der „Sunday Correspondent“ finanzierte Meinungsumfrage vom 8. April 1990 zeigte, daß dreimal so viel Leute die Tories für die Randalereien verantwortlich machten als die Labour Party. Zu viele Menschen waren mit der Kampagne in Berührung gekommen, der Versuch der Tories, eine „Rote Gefahr“ heraufzubeschwören, schlug fehl. Die Massenkampagne des Nicht-Zahlens ging ständig gestärkt weiter, ermutigt vom Umfang der großartigen Demonstration. Diese Unfähigkeit Thatchers, wegen der organisierten Kampagne die Poll Tax erfolgreich der Arbeiterklasse aufzudrücken, war ausschlaggebend für ihre Absetzung als Premierministerin.

Allerdings sind die gewalttätigen Zusammenstöße und die Plünderungen, die am Ende der Demonstration stattfanden, von verschiedenen „anarchistischen“ Gruppen benutzt worden, um eine theoretische Rechtfertigung für Randalereien als eine Kampfmethodik gegen die Steuer zu liefern. Es ist eine Broschüre erschienen mit dem Titel „Poll Tax Randalereien – zehn Stunden, die Trafalgar Square erschütterten“, die am Rande der Poll-Tax-Bewegung eine gewisse Verbreitung erreicht hat. Veröffentlicht vom anarchistischen Verlag Acab Press gibt sie sich den Anschein, eine Sammlung individueller Berichte der Randalereien zu sein, die in den Wochen nach dem 31. März „anonym“ Acab zugeleitet wurden, nachdem ein entsprechender Aufruf in Umlauf gebracht worden war (S. 4). Tatsächlich handelt es sich um nichts dergleichen. Einige der zwölf verschiedenen Autoren geben zu, mit anarchistischen Gruppen in Verbindung zu stehen, und während Acab Press für sich in Anspruch nimmt, „mit der einzigen Absicht gehandelt zu haben, die andere Seite der Geschichte darzustellen“ zu der, die in den kapitalistischen Medien erschien, so verbreiteten sie ihren Aufruf nicht auf der wirklichen „anderen Seite“ – den Anti-Poll-Tax-Unions, die das Rückgrat der Massen-Steuerboykott-Kampagne bilden.

Das ist nicht erstaunlich. Die breite Mehrheit derjenigen, die aktiv am Kampf gegen die Poll Tax teilgenommen haben, würde nicht mit der Feststellung der Broschüre übereinstimmen, daß es, um zu gewinnen, „nur einen Weg vorwärts gibt, ... äußerste Gewalt, eine Serie eskalierender Konfrontation zwischen ‚Arbeitern‘ und dem Staat, d.h. der Polizei ...“ (S. 27). Sie würden nicht akzeptieren, daß die Szene am Covent Garden – „die ganze Straße lag in Trümmern. Überall Glas, die Banken zerschlagen, die Geschäfte zerschlagen ... eine Orgie ekstatischen Zerschlagens und Plünderens“ – „die perfekte Szene“ war, „den Tag zu beenden“ (S. 8).

Aber „Poll Tax Randalereien“ applaudiert nicht nur der „Gewalt der Randalierer“ und dem „Massenplünderungs-Zechgelage“ (S. 3), sondern befürwortet das tatsächlich als ein Kampfmittel, „einen positiven und

konstruktiven Beitrag zum Kampf gegen die Poll Tax im besonderen und dem laufenden Klassenkampf im allgemeinen“ (S. 61). Folglich ist es für Marxisten wichtig, die Frage zu prüfen: Ist Plünderung und eine „Serie eskalierender Konfrontation mit der Polizei“ eine ernsthafte Strategie, die Poll Tax zu schlagen – auch wenn diese Ideen in der Anti-Poll-Tax-Bewegung nur begrenzte Unterstützung haben? Die Haupt-Rechtfertigung der Anarchisten für Randalereien ist, daß, „wäre keine Randalereien gewesen, dann hätte es nicht mehr als ein paar Zeilen in den Zeitungen und eine kurze Erwähnung im Fernsehen gegeben“ (S. 61). Selbst wenn dies wahr wäre, glauben sie wirklich, daß die Leute auf der Demo ihre Poll Tax bezahlt hätten, entmutigt von der fehlenden Medienberichterstattung? Natürlich nicht!

Tatsächlich widerlegen sie ihr eigenes Argument einige Zeilen später, wenn sie sagen: „Erinnert ihr euch an die Glasgower Demonstration gegen die Poll Tax im April 1989? Über 20.000 Leute waren da, eine massive Darstellung der Verweigerung, die durch Schweigen zensiert wurde.“ Haben sie nicht bemerkt, daß der Boykott in Schottland weiterging, obwohl keine Steine geworfen und keine Geschäfte geplündert wurden?

Die Anti-Poll-Tax-Bewegung hat sich viel weiter entwickelt, als daß sie sich auf die kapitalistischen Medien verlassen müßte um ihre Botschaft zu verbreiten. In Schottland ignorierte die Presse über drei Jahre den massenhaften Boykott. Aber die Verschwörung des Schweigens schaffte es nicht zu verhindern, daß die Kampagne sich nach England und Wales ausdehnte. Die Bewegung hat ihre eigenen Strukturen aufgebaut und ihre eigenen Methoden entwickelt, Informationen zu verbreiten. Für die Demo am 31. März wurden von den 1500 APTUs mobilisiert, die über eine Million Flugblätter und 100.000 Poster verteilten.

Aber selbst die Demonstration, so großartig sie auch war, war nur ein Teil der Kampagne, um Massen-Boykott zu erreichen. Die tägliche Aktivität des Flugblattverteilens von Tür zu Tür, das Aufstellen von Teams, die vor dem Gerichtsvollzieher schützen und andere organisierte Aktionen bestimmen die wahre Stärke der Kampagne. Aber dieser Aspekt des Kampfes wird in der Broschüre kaum erwähnt. Stattdessen wird weiterhin festgestellt, daß, weil die Randalereien im Fernsehen gezeigt wurde, sie „natürlich nur helfen kann, eine massive Nicht-Zahlung der Poll Tax aufzubauen“ (S. 61). Wie? Welche Lehren würden diejenigen ziehen, die die Ereignisse im Fernsehen sahen? Daß Gerichtsvollzieher vertrieben werden können, wenn disziplinierte „Gerichtsvollzieher-Schutztruppen“ in jedem Wohnblock gebildet sind? Daß Lohnpfändungsbeschlüsse gestoppt werden können, wenn die Nichtzahler sich an ihrem Arbeitsplatz organisieren und Druck auf die Gewerkschaft ausüben, damit diese ihren Standpunkt un-

terstützt? Daß all dies zu erreichen beharrliche Aktivität erfordert, regelmäßige Treffen, das Herstellen von Flugblättern, Info-Material, Plakaten usw.?

Natürlich nicht. Im Gegensatz zu einem organisierten Steuerboykott ist Randalen keine effektive Kampfmethod. Es ist eine Explosion von Frust, Ärger und Verzweiflung. Es ist kein kollektiver Kampf mit einer geplanten Strategie.

Unsere anarchistischen Autoren stellen dies jedoch in Frage. Die Ereignisse nach der Demo waren, sagen sie, ein kollektiver Kampf, eine „organisierte Randalen“. Unser Autor stellt fest, daß „wir die Gewalt anfangen, und wir sind stolz darauf. Handeln, statt behandelt zu werden. So sollte der 31. März 1990 in Erinnerung bleiben, nicht als Polizeirandalen, sondern als unsere Randalen.“ (S. 60)

Das ist völlig falsch. Richtig, eine handvoll Leute gingen zur Demonstration mit der einzigen Absicht, eine Konfrontation zu provozieren – einschließlich der Autoren von „Poll Tax Randalen“. Einer beschreibt seine Haltung am Beginn der Demo, die zu diesem Zeitpunkt noch ruhig war: „Ich sitze am Rand (!), denke nach über die innewohnenden Möglichkeiten im Verlauf des Tages, erst mal verächtlich, um aber bald aufgemuntert zu werden, als die Ereignisse unsere Erwartungen weit übertrafen.“ (S. 28) Dennoch waren unser Zyniker am

Rande und seine Freunde nicht verantwortlich für die Ereignisse, die sich entwickelten. Dies wird versehentlich von einem anderen Autor bestätigt, der, angekommen am Kennington Park, „dorthin ging, wo der Treffpunkt der Anarchisten sein sollte. Als wir dort ankamen, waren dort nur 150 von uns ...“! (S. 47)

Die Wahrheit wurde sofort nach den Ereignissen von MILITANT erklärt. Wenn überhaupt etwas organisiert worden ist, dann von den oberen Rängen der Polizei. Es war „der Einsatz von Polizeipferden, das Steuern von Fahrzeugen mit 50 Meilen pro Stunde in die Menge, die Übergriffe von Sondereinheiten auf Unschuldige und friedliche Demonstranten, was einen Teil der Demonstranten, vor allem der Jugendlichen, absolut wütend gemacht hat.“ (MILITANT, 6. April 1990) Viele Jugendliche riskierten ihr Leben und ihre Knochen beim Zurückschlagen der Polizeiübergriffe auf die Demonstration. Von diesen Jugendlichen war allerdings nichts bewußt geplant, um eine Randalen zu organisieren. Tatsächlich besteht hierin die wahre Natur einer Randalen. Weit davon entfernt, ein bewußter Akt zu sein, ist sie ein Schrei von Verzweiflung und Frustration.

Diese unangenehme Tatsache wird selbst von einem der Anarchisten anerkannt. Gezwungen, zuzugeben, daß „es innerhalb der Menge Widerstand gegen



Ein Teil der Massendemonstration in London am 31. März 1990.

die Attacke (auf ein Polizeifahrzeug) gab. Es gab Rufe nach Einhalt ...", versucht der Autor trotzdem seine Handlungsweise zu rechtfertigen. Aber er tut dies nicht durch eine exakte Erklärung, was durch die Strategie der Anarchisten, der „eskalierenden Konfrontation“ und der Plünderung hätte erreicht werden können, sondern durch richtige, jedoch völlig abstrakte Hinweise darauf, warum „eine ganze Anzahl von Leuten die Polizei verdammt hassen“ (S. 39). Daß der Haß „seinen Ursprung in einfacher Besitzlosigkeit, in Machtlosigkeit, entstanden aus Randgruppenexistenz, in Verzweiflung, in vergangenen Zusammentreffen mit den Hütern von Recht und Ordnung hat, ... all der aufgestaute Ärger, Haß, die Frustration und Ohnmacht kochte über in einem Schwall der Wut. ... Es ging um die individuelle Erniedrigung des Überlebens im Kapitalismus.“ (S. 40)

All dies ist richtig. Aber es umgeht verzweifelt die wahre Frage. Wie kann Randalen den Weg darstellen, die „Erniedrigung des Überlebens unter dem Kapitalismus“ zu beenden? Randalen ist keine bewußte Kampf methode, sondern eine Sackgasse. Das Verständnis dafür, warum ein Teil der Jugend Randalen machen, ändert nichts an dieser Tatsache. Diejenigen, die eine Veränderung der Gesellschaft ersehnen, können nicht nur Anführer und Stimmungsmacher sein, sondern sie sehen die Verantwortung, zu sagen, welche Kampfmethoden die Klasse vorwärtsbringen und welche Methoden in eine Sackgasse führen.

Randalen ist in keiner Weise ein „positiver Beitrag“ zum Aufbau einer Massenunterstützung des Boykotts. Bei massenhaftem Nichtzahlen handelt es sich um eine gemeinsame Aktion der Klasse, nicht um eine Ansammlung individueller heroischer Taten. Derselbe Autor, der vor Stolz darüber platzt, wie er „die Gewalttätigkeiten anfang“, erklärt einige Zeilen vorher, wie er, nachdem er für einige Stunden „den Staat konfrontiert“ hat, nach Hause schlendert „und die Bequemlichkeiten eines Bades, eines Bettes und der Normalität“ freudig begrüßt. (S. 60) Als ein Individuum mag der Autor sehr in der Lage sein, sich aus dem Klassenkampf herauszuhalten, wenn es ihm paßt. Aber die Aufgabe, einen massenhaften Steuer-Boykott zu organisieren, muß weitergehen. Die Verteidigung der Nichtzahler vor dem Gerichtsvollzieher, vor Lohnpfändungen usw. muß als kollektives Handeln organisiert werden. Unser einzelner „Held“ jedoch geht, nachdem er seinen Teil getan hat, nach Hause und hat nichts geändert.

Oder die Autoren sind vielleicht nicht so „heroisch“. Viele der Berichte führen im Einzelnen auf, was jeder Autor bei den Plünderungen der Geschäfte an diesem Tag einstecken konnte. Einer beklagt sich sogar, daß, bis er einen Musikladen erreicht hatte und „das Gitter etwas an hob um zu sehen, was noch da war ...

nichts mehr da war was ich wollte“ (S. 13). Ein anderer hatte etwas mehr Glück, er beschreibt, wie ein Sonnenbrillenladen angegriffen wird und 450 DM teure Georgio Armanis geklaut wurden; „Randalierer nicht nur wütend sondern jetzt cool“ (S. 31). Ist das wirklich der Weg, den massenhaften Boykott aufzubauen? Und wenn ja, wie viele Sonnenbrillen müssen die ATPUs plündern, um die Regierung zu Fall zu bringen?

An einem Punkt versuchen die Autoren, die Ereignisse des 31. März in die „sehr lange und ehrenvolle Tradition des gewalttätigen Kampfes gegen den Staat und die Bosse“ einzuordnen (S. 18), wobei sie in ihre Liste die Randalen von 1981 aufnehmen. Interessanterweise erwähnen sie die Aufstände in Toxteth – neben den Chartisten (Massenbewegung für allgemeines Wahlrecht im 19. Jahrhundert), dem Generalstreik und den Bergarbeiterstreiks von 1974 und 1984–85 – aber sie vergessen den Kampf des Liverpools Stadtrates von 1983–85. Vielleicht weil ein Vergleich zwischen den tatsächlichen Ergebnissen der Toxteth-Randalen und den Ergebnissen des Liverpools Kampfes mit MILITANT-Unterstützern an vorderster Front ein vernichtendes Argument gegen die Idee der Randalen als den „einzigen Weg vorwärts“ darstellt. Die Randalen von Toxteth erreichte für die Leute von Liverpool 500 befristete Sommer-Jobs auf dem Internationalen Gartenfestival und einige von Michael Heseltine neugepflanzte Bäume im Toxteth-Gebiet! Im Gegensatz dazu erreichte der organisierte Massenkampf, geführt vom Liverpools Stadtrat, den Neubau von 5000 städtischen Häusern – 1000 davon im Gebiet von Toxteth –, 1000 gerettete und 1000 neugeschaffene städtische Arbeitsplätze. YTS-Jugendliche (arbeitslose Jugendliche, die für 300 DM im Monat bei nutzlosen ABM-Stellen arbeiten) wurden übernommen mit tariflicher Bezahlung und tariflichen Rechten; Kindergärten und Sportzentren wurden neu gebaut. Der Kampf um diese Dienstleistungen und Arbeitsplätze berührte jeden in Merseyside.

Aber die drastischste Illustration, wie diese Leute denken, bietet ihr Vergleich der März-Randalen mit dem Generalstreik von 1926. Der Generalstreik war die großartigste Bewegung der britischen Arbeiterklasse, die nur durch das völlige Versagen der TUC-Führung, der Entschlossenheit der Arbeiter mit einem kämpferischen Programm und einer entsprechenden Strategie gewachsen zu sein, scheiterte. Es war ein bewußter Kampf, der Millionen von Arbeitern in Aktionsräten miteinbezog, die ganze Städte verwalteten und für eine gewisse Zeit die Macht aus den Händen der Bosse nahm. Es war eine äußerst disziplinierte Bewegung. Arbeiterräte wurden gebildet, die alles vom Transport bis zur Verteilung von Nahrungsmitteln kontrollierten. Die Aktionsräte luden die Arbeiter nicht ein, die Geschäfte zu plündern oder miteinander zu kämpfen, um

die besten Stücke zu erhaschen. Sie organisierten die Verteilung an die Massen und stellten in vielen Fällen ihre eigenen „Friedens-Streikposten“ auf, um sporadische Plünderungen zu stoppen.

Dieses Merkmal zeigt sich in allen Generalstreiks, deren letzter aber nicht geringster der Streik der sowjetischen Bergarbeiter letzten Sommer war, die sich wieder in Arbeiterräten organisierten und auch die Disziplin der Bewegung zeigten, indem sie Alkohol verboten. Alkohol scheint jedoch ein Problem unserer anarchistischen Freunde zu sein. Ein Autor kritisiert einige Kampfgenossen, weil sie „besoffene Schweine“ waren und als Ergebnis „nicht vernünftig werfen konnten“ (S. 24). Diese Ermahnung wird feierlich in einem Anhang „Praktische Hinweise für Randalierer“ aufgegriffen, wo sich der Rat findet: „Werde nicht besoffen.“ (S. 22) Unglücklicherweise berichtet ein anderer Autor, vermutlich einer der „besoffenen Schweine“, sechs Seiten weiter zustimmend über den „magischen Klang zerbrechenden Glases, ein Alkoholladen geht dahin, in wenigen Minuten leergeräumt, Hunderte erfrischen sich, verbotener Alkohol für alle!“ (S. 28). Führt dies die Traditionen des Generalstreiks fort?

Tatsächlich beflecken diese Leute die Traditionen des echten Anarchismus, als er eine Basis in Teilen der Arbeiterklasse hatte. Im revolutionären Barcelona, in den frühen Tagen des Spanischen Bürgerkrieges setzte die anarchistische CNT mobile Truppen ein, die sich mit Plünderern befaßten! Mit Sicherheit haben die Autoren von „Poll Tax Randalie“ nichts gemein mit den wirklichen Traditionen der Arbeiterklasse im Kampf. Ihre Verachtung für die organisierte Gewerkschaftsbewegung tritt offen zu Tage wenn sie argumentieren, daß „alle Fotografen, alle Fernsehcrews, alle Journalisten legitime Ziele sind.“ (S. 26) Es ist ironisch, daß BTA, die Gewerkschaft der Filmschaffenden, die einzige nationale Gewerkschaft ist, die sich der All Britain Anti Poll Tax Federation angeschlossen hat und daß die Journalistengewerkschaft eine der wenigen Gewerkschaften ist, die den Massen-Steuer-Boykott unterstützt. Glauben diese Anarchisten wirklich, daß sie Gewerkschaftsmitglieder davon überzeugen können, nicht an Polizeiuntersuchungen teilzunehmen, indem sie sie mit Steinen bewerfen? In Wirklichkeit ist Streikaktion von Gewerkschaften der einzige Weg, die Pressefreiheit vor Gerichtsbeschlüssen, die Fotografen anweisen, ihre Filme der Polizei auszuhändigen, zu verteidigen. Aber ein Ziegelstein auf den Kopf ist weitaus schneller und es ist nur ein „Held“ nötig, dies zu tun.

Die Autoren legen gegenüber einer weiteren Methode der organisierten Arbeiterklasse eine sogar noch größere Feindseligkeit an den Tag – einem Untersuchungsausschuß der Arbeiterbewegung. In der Tat wird der Vorschlag für einen Untersuchungsausschuß der gesamt-britischen Föderation bezüglich der Ereig-

nisse des 31. März hervorgehoben, um zu beweisen, daß MILITANT ein „alternativer Staatsapparat“ ist und so grundsätzlich dagegen ist, daß die Arbeiterklasse zurückschlägt (S. 64). Der Beweis? Ein Zitat des Sekretärs der gesamt-britischen Föderation, Steve Nally, in den Fernsehnachrichten, wo er vorschlägt, „unseren eigenen internen Ausschuß“ zu bilden, um die Ergebnisse zu untersuchen, „der an die Öffentlichkeit gehen wird und gegebenenfalls Namen nennen wird“.

Ein Untersuchungsausschuß der Arbeiterbewegung ist nichts Neues. Wie sonst, um mit den Worten von Acab-Press zu sprechen, kann „die andere Seite der Geschichte“ zusammengetragen werden? Wie könnten Lehren für zukünftige Demonstrationen gezogen werden über Vorbereitungen im Vorfeld, Verhandlungen mit der Polizei, Ordner-Taktik usw., außer durch eine volle Analyse der Ereignisse vom 31. März und eine offene Diskussion in der ganzen Bewegung? Zweifellos waren verdeckte Polizei-Provokateure auf der Demo, wie einer der Autoren feststellt (S. 42) – abgesehen von provozierenden Handlungen von Teilen der uniformierten Polizei! Durch welches andere Mittel könnten sie aufgedeckt werden und vor der Bewegung offengelegt werden, wenn nicht durch das Nennen von Namen? Oder befürchten die Anarchisten, daß die meisten Anti-Poll-Tax-Aktivisten feststellen würden, daß sich ihre Handlungen von denen der agents provocateurs nicht unterscheiden würden?

Das ist der Schlüssel. Ein Untersuchungsausschuß müßte eine Überprüfung der Perspektive, des Programms, der Strategie und Taktik der verschiedenen politischen Richtungen innerhalb der Anti-Poll-Tax-Bewegung miteinschließen und zur Debatte stellen. MILITANT wäre zuversichtlich, daß unsere Herangehensweise, die bis jetzt in der Anti-Poll-Tax-Kampagne vorherrschend war, jeder Überprüfung standhalten würde. Unsere Strategie und Taktik hat die Kampagne heute dahin geführt, wo ein überragender Sieg in Sicht ist – trotz des totalen Widerstands der Führer der Labour Party – und Gewerkschaftsbewegung gegen die Steuerboykott-Kampagne.

Die Autoren von „Poll Tax Randalie“ sind jedoch durch offene Debatte und Diskussion irritiert. Durchgängig offenbaren sie ihre Verachtung für die Disziplin und die demokratischen Normen einer organisierten Bewegung. Ein Autor macht deutlich, daß seine Lieblingsmethode der Debatte ist, „den linken Abschaum zusammenzuschlagen (vorzugsweise mit einem großen Stock)“ (S. 22).

Ein offener Untersuchungsausschuß würde sie zwingen, ihre Strategie der Randalie, der Plünderung und „einer Serie der eskalierenden Konfrontation mit der Polizei“ als den „einzigen Weg nach vorne“ zu verteidigen. Wie diese Broschüre deutlich macht, haben sie nichts zu verteidigen.

Paradies Panama?

von Jens Breuß, Hamburg

US-Präsident Bush hat eine neue Weltordnung für die Zeit nach dem Golfkrieg angekündigt. Wenn man sich die bisherige Politik der USA näher ansieht, so sind seine Worte „Frieden und Gerechtigkeit“ ebenso ernst zu nehmen wie die Forderung des Henkers nach Abschaffung der Todesstrafe. Sehen wir uns eine andere Erklärung des Weißen Hauses vor gut einem Jahr an, als das mittelamerikanische Land Panama von US-Truppen überfallen und eine hörige Regierung eingesetzt wurde: „... Die Vereinigten Staaten haben diese Regierung anerkannt und werden normale Beziehungen wiederherstellen und (mit ihr) zusammenarbeiten, um ein freies und blühendes Panama wiederaufzubauen.“ Wie sehen diese Blüten Panamas heute aus? Für die Mehrheit der Bevölkerung haben sie sich als Falschgeld herausgestellt.

Die Vorgeschichte der Invasion Panamas weist viele Parallelen zur Entwicklung der Golfkrise seit dem 2. August 1990 auf; dieses Vorgehen nocheinmal ins Gedächtnis zu rufen heißt auch, die zukünftige Politik der westlichen Industrieländer gegenüber den Exkolonialländern einzuordnen.

Die Geschichte Panamas ist wie die aller anderen Länder in Mittelamerika Koloniegeschichte – unter spanischer Herrschaft die Ausrottung bzw. das Zurückdrängen der Indios; später unter US-amerikanischer Kontrolle als der „Hinterhof der USA“, in dem der Hausherr bestimmt, welcher Hund bellen und wen beißen soll. Unzählige Diktatoren wurden meist mit CIA-Hilfe eingesetzt, um US-Interessen zu vertreten. Wenn das nicht reichte, gab es eben militärische „Korrekturen“.

Panama steht durch seine spezielle geographische Lage aus wirtschaftlicher wie aus militärischer Sicht im Interessenmittelpunkt der USA. Seit 1903 halten US-Truppen das Land unter Kontrolle, die mit dem Kanalbau verschärft wurde. So sicherte sich die USA alle Nutzungs- und Hoheitsrechte. Gegen diese Besatzung gab es immer wieder Erhebungen, bis 1968 General Torrijo durch einen unblutigen Putsch an die Macht kam. Mit anderen Offizieren setzte er eine Landreform und gewerkschaftliche Rechte durch, womit er sich auf die Masse der Arbeiter und Bauern stützen konnte. Der Vertrag mit den USA von 1979 sollte den Kanal im Jahre 2000 vollständig unter die Kontrolle Panamas stellen.

Nach einem CIA-Attentat auf Torrijo 1981 (wegen der Unterstützung der nicaraguanischen Sandinisten und den Guerilleros in El Salvador) entbrannte in

den Reihen des panamaischen Militärs ein Streit um die Nachfolge. Der damalige Geheimdienstchef, Manuel Noriega, lag hoch im Kurs der US-Regierung, da er geheimdienstliche und militärische Unterstützung gegen die Revolution in Nicaragua versprach, und weil er sich als früherer Kollege von Ex-CIA-Chef Bush bestens bewährt hat. Die Drogengeschäfte Noriegas waren zwar wohlbekannt, aber unwichtig: Noch 1985 wischte CIA-Boss Casey derartige Anschuldigungen vom Tisch, denn „der General habe eine ‚wertvolle Unterstützung unserer Politiker, speziell im Fall Nicaraguas, geleistet‘“. (taz, 5.1.90) Genauso wie Saddam Hussein ein „guter Schweinehund“ im Krieg gegen die iranische Revolution gewesen ist, war Noriega dasselbe in Zentralamerika. Erst als dieser 1986 die Aufforderung der US-Regierung nach einem Einsatz panamaischer Truppen gegen Nicaragua ablehnte, ließ die USA ihn fallen.

Ein unlösbarer Interessenskonflikt brach aus: Noriega und seine Armeespitze stützten sich propagandistisch in dem Maße auf nationalistische und anti-imperialistische Stimmungen in der Bevölkerung, wie sie deren demokratischen Rechte einschränkten – nichts anderes tat Hussein auch. Auf der anderen Seite sah die USA ihre Interessen in Gefahr, den Kanal einem feindlichen Land zu überlassen und die Kontrolle über die starke Ordnungsmacht Panama in Mittelamerika samt Stützpunkt zu verlieren – vergleichbar mit den Interessen der USA am Öl und der Kontrolle im Nahen Osten.

Die Vereinigten Staaten verhängten eine Wirtschaftsblockade und verstärkten die Truppen in der Kanalzone. Ausländische Konzerne zogen ihr Kapital aus dem Land ab; die einheimischen Unternehmer waren derart von der westlichen Wirtschaft abhängig, daß sie auch keinen Nutzen mehr darin sahen, den Diktator zu unterstützen: 1988 kam es sogar zu einem Generalstreik der Unternehmer!

Die Wirtschaft Panamas stagnierte ohnehin seit der weltweiten Rezession Anfang der 80er Jahre. Der von den Industrienationen betriebene Verfall der Rohstoffpreise drückte die Ausfuhrerlöse von landwirtschaftlichen Erzeugnissen herunter, die immerhin die Hälfte des Exports ausmachen. Das US-Embargo zwang die schwachen Unternehmer Panamas endgültig, auf die Karte der USA zu setzen, da sie selbst keine eigenständige und fortschrittliche Rolle für die Wirtschaft spielen konnten.

Eine internationale Pressekampagne, ausgehend von der US-Regierung, und die Anklage Noriegas als „Drogenteufel“, sollten die Akzeptanz in der Weltbevölkerung für eine militärische Intervention bringen. Daß Noriega schon als Freund der USA Geschäfte mit Drogen machte, war damals „unwesentlich“ – ebenso wie Saddam Hussein für die Ermordung der 5000 Kurden erst nach zwei Jahren weltweit verurteilt werden sollte. Innenpolitisch erzeugte die US-Regierung eine Stimmung von Hysterie, indem sie in der Kanalzone Militärfahrzeuge auffahren ließ sowie mit Hilfe der CIA verschiedene Attentats- und Putschversuche organisierte. In der Presse Panamas beschwor sie immer wieder die Alternative „Diktatur oder Demokratie“.

Die Wirtschaftsmisere verschärfte die Lebensbedingungen derart, daß auch die schwarze und arme Bevölkerungsmehrheit, die Noriega traditionell unterstützt hat, 1988 zur Opposition übergelaufen ist. „Nicht aus politischen Gründen, sondern einfach, weil sich die Leute vom Sturz Noriegas und der anschließenden Aufhebung der US-Blockade eine Verbesserung ihrer verzweiferten wirtschaftlichen Situation versprachen.“ (Mittelamerika-Experte Birns, taz 4.1.90) So schweißte die Opposition Arme, Arbeiter und Bauern mit Klein- und Großunternehmen zusammen. Im Mai 1989 erhielt das Bündnis mit Guillermo Endara an der Spitze eine Stimmenmehrheit von über 68%. Noriega erklärte die Wahlen jedoch für ungültig, um daraufhin den Druck der Diktatur, nur noch gestützt auf das Militär und einige korrupte Gewerkschaftsführer, gegen die Opposition zu erhöhen. Aber die Zeit lief gegen den wackeligen Diktator. Nach einem weiteren gescheiterten Putschversuch von Teilen der Armee und dem CIA wollte US-Präsident Bush endlich Stärke beweisen, um ein für alle Mal zu zeigen, wer der eigentliche Herr in Mittelamerika ist. Am 20. Dezember gab er den Befehl an die Streitkräfte in der Kanalzone, nach Panama-Stadt einzumarschieren. Erklärte Ziele waren – wie jedesmal der „Schutz von US-Bürger“ – den „demokratischen Prozeß wiederherzustellen, die Unversehrtheit der Panamakanal-Verträge zu wahren und Manuel Noriega zu ergreifen“. (Weißes Haus, nach taz 21.12.89) Dabei wurde nicht zufällig das Arbeiterviertel El Chorillo dem Erdboden gleichgemacht, in dem die Arbeiter hoch organisiert waren und eine politische Kraft darstellten. 18.000 Menschen wurden allein dort obdachlos, insgesamt starben zwischen 2000 und 4000 Men-

schen. Erst kürzlich wurden viele Massengräber entdeckt – angelegt und verschwiegen von US-Truppen.

Trotz des Massakers haben große Teile der Panamaer die Intervention begrüßt. Warum? Dazu aus einem Kommuniqué von 20 verschiedenen christlichen und linken Organisationen: „Das Volk von Panama, vor allem die Armen und Arbeiter, haben die Krise am unmittelbarsten zu spüren bekommen, ausgehungert durch die Blockade der USA und die falsche Wirtschaftspolitik Noriegas, geschlagen von der Repression im Innern und ausgeblutet durch die ausländische In-



Das Arbeiterviertel El Chorillo wurde plattgemacht, um Noriega zu verhaften. Welche Überraschung: Der Multimillionär wohnte woanders.

vasion.“ Wieviele Schein-Linke und führende SPD-Politiker haben hier das Wirtschaftsembargo gegen den Irak gutgeheißen! „Zwischen den beiden Polen, nämlich der korrupten Noriega-Clique mit ihren nationalistischen Parolen und der US-hörigen Oppositionskoalition, die jetzt die Regierung stellt, wurde dem Volk keine Alternative offeriert.“ (beide Zitate aus taz 3.1.90) Wie denn auch? Schließlich hatte Noriega bisher mittels US-Hilfe und Militärapparat verhindern können, daß sich die Arbeiter in unabhängigen Gewerkschaften und Parteien organisieren!

Die US-Truppen setzten noch in der Nacht der Invasion eine neue Regierung ein: Guillermo Endara als Präsidenten, den Christdemokraten Calderon und den Neoliberalen Ford als Vizepräsidenten. Von US-Gnaden an die Macht gebracht üben sie tatsächlich keine aus – bis heute nicht. Immer noch sitzen US-Soldaten als „Berater“ in allen Ministerien, andere patrouillieren in den Straßen. Den Spielraum der „Regierung“ bestimmen das Weiße Haus, der Internationale Währungsfond und die Weltbank – alles selbstlose Gesellen.

Es konnte nach der Invasion keine eigenständige Politik geben, da die Streitkräfte Panamas vollständig zerschlagen wurden und somit nicht einmal mehr den Panamakanal-Vertrag von 1979 erfüllen können (Pflicht der Streitkräfte zum Schutz des Kanals). So fällt diese Aufgabe nur den US-Truppen zu. Diese bauen jetzt ein neues logistisches Zentrum im Landesinnern auf, was eigentlich gegen den noch geltenden Vertrag verstößt (taz 19.2.91). Aber: Wer kann die Yankees daran hindern? Vollendete Tatsachen sollen die Kontrolle über das Jahr 2000 hinaus sichern – so sehen die „normalen Beziehungen“ des Weißen Hauses aus!

Die Schäden durch die Kämpfe und nachfolgenden Plünderungen beliefen sich auf 2,2 Mrd. US-Dollar. Von der versprochenen Wiederaufbauhilfe (420 Mio. Dollar) wurde bislang nicht einmal ein Zehntel bezahlt, so daß die Menschen von El Chorillo und anderen Stadtteilen noch immer ohne Wohnung sind. Spätestens heute bewahrheitet sich ein Ausspruch eines US-Sergeanten, der Anfang Januar 1990 zur Überwachung der Tausenden von Obdachlosen im Baseballstadion eingesetzt war: „Wir haben hier einen Noriega gegen einen anderen ausgetauscht. Die Leute werden bald merken, daß sie einmal mehr beschissen wurden.“ (taz 4.1.90)

Und die Regierung? Die Koalition repräsentiert tatsächlich nur die alte Oberschicht, die gute Geschäfte in der Zeit der Diktatur gemacht haben, auch wenn sie über die Vergangenheit lautstark jammern, um ihre US-Knechtschaft zu übertönen. Arbeiter und Bauern sind nicht in der Regierung – was kümmert die Villenbesitzer die Obdachlosigkeit anderer?!

Einig sind sich die Herren mit dem weißen Kragen aber nicht; schon zeichnet sich eine Spaltung des Bündnisses ab: zum einen wegen des Aufbaus der neuen Streitkräfte, von den USA wenig erwünscht und die Aufgabe des Christdemokraten Calderon; zum anderen stößt die rigorose Wirtschaftspolitik von Ford mit dem populistischen Profil Enderas schroff zusammen. Auch die nationale Unternehmerschaft stellt sich gegen die Regierung, wenn es um die Aufhebung der Zölle zum Schutz der einheimischen Produkte geht. Kein Wunder, da diese Maßnahme den Forderungen der US-Wirtschaft nach einer „Freihandelszone“ zugute kommt – größere Märkte braucht das Land.

Bei Panamas Bossen beliebter ist dagegen die „einfallsreiche“ Wirtschaftsstrategie des Planungministers Ford: „Das Land wird zu 100% Privatwirtschaft.“ Entlassungen im öffentlichen Sektor sind an der Tagesordnung, zumeist fristlos und ohne Anrecht auf Entschädigungszahlungen.“ (Lateinamerika-Nachrichten, LAN Juni 1990) Ford will außerdem arbeitsrechtliche Bestimmungen sowie soziale Leistungen abbauen und gewerkschaftliche Rechte einschränken. „Die katastrophale soziale Lage der Masse der Bevöl-

kerung ist unübersehbar. Die Entlassung von 20.000 Beschäftigten ... hat die Arbeitslosigkeit drastisch steigen lassen. Sie liegt ... inzwischen bei 40% und betrifft 308.000 Personen. ... (Selbst nach offiziellen Angaben) leben in Panama zur Zeit 112.500 Familien in extremer Armut. Das sind ca. eine halbe Million Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von nur 2,37 Millionen!“ (LAN Januar 1991) Unter diesen Umständen ist die Kriminalität explodiert. Die Polizei Panamas ist machtlos, aber diese Rolle übernimmt gerne die US-Armeeführung.

Die Unterstützung für die Marionettenregierung ist rapide gesunken: von 90% im Januar 1990 auf 32% im Frühherbst 1990 (FAZ 20.12.90). Jetzt formiert sich langsam eine neue Opposition, besonders aus den Gewerkschaften. Bisheriger Höhepunkt war die Großdemonstration am 4. Dezember 1990, bei der ca. 100.000 Menschen gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und die Anwesenheit der US-Truppen demonstrierten. Zum 24-stündigen Generalstreik am 5. Dezember riefen 68 Gewerkschaften gemeinsam auf und bildeten eine einheitliche Front gegen die Regierungspolitik.

Im selben Monat schrieb der panamaische Sozialwissenschaftler Raúl Leis: „Ein Jahr nach der Invasion lebt Panama. Der Schaum auf dem Bier ist abgesunken. Viele Panameños und Panameñas, die Invasion und Befreiung verwechselten, sehen jetzt klar. Wir werden immer mehr, die wir ein freies Vaterland ohne ausländische Herrschaft wollen, ein Land, in dem das Volk sein Schicksal selbst bestimmt und eine wirkliche Demokratie.“ (LAN Januar 1991)

Wer bisher noch glaubte, daß die US-Regierung mit ihrem Gewaltfrieden in der Golfregion „Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit“ schaffen würde, den widerlegt Panama. Denn: eine Demokratie hat nur etwas mit Volksmacht zu tun, wenn die Arbeiter und armen Bauern die Abschaffung des alten Systems vorantreiben und selbst durch eine neue Ordnung ersetzen.

Auf der heutigen Grundlage im Nahen Osten, der Beibehaltung der Kluft zwischen Arm und Reich, spricht: auf kapitalistischer Grundlage, ist Frieden und Demokratie dort unmöglich. Die Bevölkerung des Nahen Ostens und überall in der exkolonialen Welt muß sich vom Würgegriff der herrschenden Industrieländer und ihrer Diktatoren befreien, damit sie ihre Interessen selbst und direkt vertreten kann – dies kann nur eine sozialistische Ordnung sein. Es bedeutet aber auch, daß der Kampf der Arbeiter und Bauern gegen die einheimischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer geführt werden muß, denn diese hängen am Rockzipfel der Imperialisten. Hier ist die Aufgabe von Sozialdemokrat(inn)en und Gewerkschafter(inn)en, auf der Seite der unterdrückten Völker zu kämpfen: Der Klassenfeind steht im eignen Land.

Vergessenes Land: Nicaragua

von Maria-Clara Roque, Jungsozialistin aus Wiesbaden

Die Lage ist explosiv. Die Wirtschaft befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Das Bruttosozialprodukt (BSP) ist von 1988 auf 1989 um 8% zurückgegangen, das Pro-Kopf-Einkommen auf das Niveau von 1939 zurückgefallen. Die Auslandsverschuldung ist auf 11 Mrd. US-Dollar angestiegen. Um diese Schulden zurückzuzahlen, wären die Exporterlöse von 40 Jahren notwendig. Die Exporte nehmen jedoch stetig ab, und die Kapazitätsauslastung der Produktion liegt zur Zeit bei 20%. Der Verfall der Rohstoffpreise tut ein übriges. Kein Wunder, daß das Überleben schwer fällt. Die Energieversorgung ist abenteuerlich. Sogar in der Hauptstadt wird der Strom oft ausgeschaltet, ebenso ist die Wasserversorgung ungewiss. Außerhalb Managuas ist das Wasser voller Fäkalien. Dies verursacht Krankheiten, die sich schnell in den unterernährten Körpern ausbreiten können. Auf den Märkten sieht man Verkäufer, aber kaum Käufer.

Die Analphabetenrate, die durch eine sandinistische Alphabetisierungskampagne erfolgreich gesenkt worden war, ist wieder auf dem Vormarsch. Die Gesundheitsversorgung, einst ganzer Stolz der Sandini-

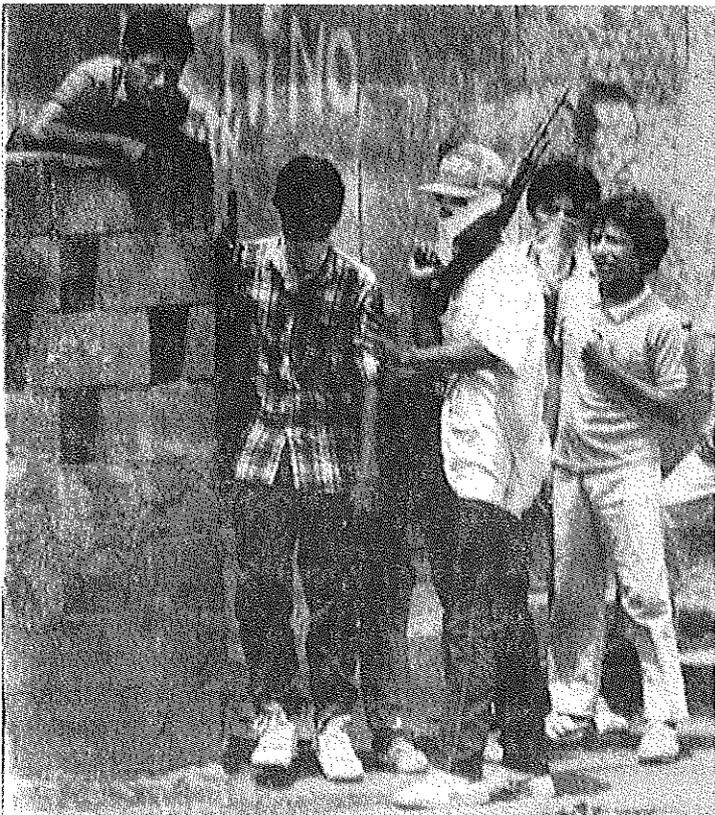
sten, entwickelt sich zurück. Nicaragua war von Medikamentenlieferungen aus Osteuropa abhängig und leidet nun besonders unter dem dortigen Zusammenbruch. Im Westen sind sie kreditunwürdig, also bedeutet dies keine Medikamente, es sei denn, der Patient kann horrend hohe Preise bezahlen.

Der IWF hat 1988 eine Währungsreform und eine strikte Sparpolitik angeordnet, die eine Entlassungswelle im öffentlichen Dienste zur Folge hatte. Es wurden im gleichen Jahr 30.000 Bedienstete entlassen. Nun sollen noch weitere folgen. Die Arbeitslosigkeit lag Ende 1990 bei ca. 40%, wird aber noch in nächsten Monaten auf ca. 70% steigen – laut Aussage des Arbeitsministers. Viele tausend Flüchtlinge werden aus Honduras zurückkehren, bzw. zurückgeschickt werden.

Viele Ex-Contras kehren zurück, sie hatten die Zuversicht, Arbeit, Land und Geld zu erhalten, so wie es ihnen von der UNO (Regierungskoalition in Nicaragua) versprochen wurde. Die USA hatten Gelder versprochen, aber angesichts des Golf-Krieges und der US-Wirtschaftskrise wurde Nicaragua und viele andere „3.-Welt“-Länder „vergessen“. Sie finden also nichts außer Elend vor. Verständlich, daß die Wut groß ist. Darauf stützt sich der Vize-Präsident Godoy, Vertreter der Großgrundbesitzer, der das Rad der Geschichte ganz zurückdrehen will. Godoy ermuntert Ex-Contras zu bewaffneten Überfällen auf Rathäuser und Kooperativen sowie Straßenblockaden.

Die Regierung vertritt mehrheitlich wohl eher die Interessen von Industriellen, die eine Stabilisierung des Landes brauchen, um ihre Investitionen tätigen zu können. Dabei werden sie nicht nur vom eigentlichen ersten Mann im Land, Lacayo, Schwiegersohn der Präsidentin und Premierminister des Landes, sondern auch von Humberto Ortega, Bruder des ehemaligen sandinistischen Präsidenten Daniel, unterstützt. Es wird eine Politik der „Versöhnung“ propagiert.

Mir erschien bei meinem Besuch Ende November 1990 der Frieden in diesem Land in weite Ferne gerückt, denn die sogenannte „Versöhnung“ wird mal wieder auf Kosten der kleinen Leute durchgesetzt werden. Wie ein Journalist aus Guatemala neulich sagte: „Ich bin leider sicher, daß ich bald nach Nicaragua wiederkehren werde, um über blutige Massaker berichten zu müssen.“ Dabei ist das Land fruchtbar und reich. Es müßte aber denen gehören, die durch ihre Arbeit Wohlstand schaffen und vermehren können: den arbeitenden Menschen in Stadt und Land.



Jetzt sind die Contras in Managua.

Was ist Imperialismus?

(aus: MILITANT Nr. 1027, 8. Februar 1991, Autor: Richard Venton)

Präsident Bush hat die Amerikaner angewiesen, „sich auf das nächste amerikanische Jahrzehnt vorzubereiten“. „Amerikanische Führung ist unentbehrlich in einer sich schnell verändernden Welt“, sagte er in seiner Botschaft an die Nation. „Wir haben eine außergewöhnliche Verantwortung, die harte Arbeit der Freiheit zu tun (...). Wir sind die Nation, die die Zukunft gestalten kann. Wenn euch irgendjemand sagt, Amerika hat seine besten Tage hinter sich, dann schauen sie in die falsche Richtung (...). Wir sind die einzige Nation auf dieser Erde, die die Friedenskräfte bereitstellen kann. Dies ist die Last der Führung und der Stärke, die Amerika zu einem Vorbild der Freiheit in einer suchenden Welt gemacht haben.“

Kriege, wie auch die Politik in Friedenszeiten, müssen anhand der Klasseninteressen beurteilt werden, die von ihren führenden Köpfen vertreten werden. Deutlicher hätte Bush die imperialistische Ziele der amerikanischen herrschenden Klasse nicht aussprechen können. „Freiheit“ wird der Welt durch US-Bomben und Panzer aufgezwungen.

Am Golf kämpfte er nicht, um Kuwait zu befreien, sondern um einen „amerikanischen Frieden“ – eine Pax Americana – zu verhängen, eine neue Weltordnung, in der US-Big-Business vorzüglichst herrscht. Sie opfern junge Soldaten auf dem Altar der Ölprofite, der billigen Energie für die multinationalen Monopole und der kapitalistischen Vorherrschaft über das arabische Volk. So wie die Arbeiter zuhause ihren eigenen Bossen entgegentreten würden, müssen sie auch unnachgiebig den profitgierigen Raubzug der westlichen kapitalistischen Koalition ablehnen. Das Verständnis dafür, was Imperialismus ist, wird die Notwendigkeit erklären, für einen sofortigen Abzug der westlichen Truppen vom Golf einzutreten.

Imperien gab es bereits vor dem Aufstieg des Kapitalismus. Die mächtigen Sklavenreiche Griechenlands und Roms eroberten Land, kolonisierten und versklavten fremde Völker und häuften Reichtum für die sklavenbesitzenden Klassen an. Was jetzt Irak und Kuwait ist, wurde einst – vor 2000 Jahren – zuerst von Griechenland, dann von Rom beherrscht.

In feudalen Gesellschaften gab es ebenso die Einnahme neuer Gebiete mit zahlreichen Eroberungskriegen, wie die Kreuzzüge gegen die Araber des Nahen Ostens. Aber der moderne Imperialismus ist eine neue Stufe der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

mit einem völlig neuen Klasseninhalt. Sein wesentliches wirtschaftliches Merkmal ist Monopolkapitalismus, in dem Industrielle und Banker durch tausende Fäden von Investitionen, Kredite und gemeinsame Vorstandsmitgliedschaften miteinander verbunden sind.

Das Wachstum großer Kapitalkonzentrationen in der Hand einer kleinen Anzahl von Kapitalisten beschleunigte sich in den fortgeschrittenen Ländern seit den 70ern des letzten Jahrhunderts. Eine Weltdepression in einem Jahrzehnt ruinierte kleinere Unternehmen. Diese Entwicklung wurde durch die Bildung von Trusts und Kartellen beschleunigt, die dazu gemacht waren, den Wettbewerb zu zerschlagen, Produktionszahlen und Preise zu kontrollieren und die Märkte unter den Giganten der Industrie aufzuteilen. Amerikas erster Trust, die Standard Oil Company, hatte sich bis 1904 86% der Ölraffinerien unter den Nagel gerissen.

Mit dem Wachstum der großangelegten, monopolisierten Industrie kam auch das Wachstum des Kredits und so die Vorherrschaft über die Wirtschaft durch die Bankenmonopole. Bis 1900 war die Ära des freien Wettbewerbs in den Monopolkapitalismus umgewandelt worden; die allgemeine Herrschaft des Kapitalismus war zur Herrschaft des Finanzkapitals im besonderen geworden. Die Regierungen wurden im allgemeinen durch diese Klasse beherrscht oder kontrolliert – „Regierungen des Geldes in einer Dollar-Demokratie“. Produktionszahlen, von denen bis dahin nur geträumt wurde, wurden nun möglich.

Aber gerade weil sie für Profit produzieren, der aus der unbezahlten Arbeit der Arbeiterklasse stammt, konnten die Industriellen mehr Waren produzieren als sich ihre einheimische Bevölkerung leisten konnte zu konsumieren. Um sich Absatzmärkte für ihre „überschüssigen“ Waren zu schaffen, kolonisierten eine Handvoll fortgeschrittener Nationen die Mehrheit der Welt. Während Millionen in den fortgeschrittenen Ländern an Unterernährung, Elend und Analphabetismus litten, mobilisierten ihre kapitalistischen Herren Armeen (und Missionare!), um fremde Völker und Märkte für den Waren- und Kapitalexport zu erobern, d.h. für Kredite und Investitionen.

Stanley, ein Entdecker im Dienste des britischen Kolonialismus, gab die Absichten, die hinter der Kolonialisierung stehen, in einer Ansprache an englische Industrielle preis: „Es gibt 40 Millionen jenseits des Tors des Kongo und die Baumwollspinner von Manchester

warten darauf, sie zu bekleiden. Birminghams Gießereien glühen mit dem roten Metall, das gerade für sie in Eisenkonstruktionen verwandelt wird und dann der Flitterkram, der die schwarzen Brüste verzieren wird. Und die Minister des Christus sind begierig, sie, die armen umnächtigten Heiden, in die christliche Schafherde aufzunehmen!"

Ein wesentliches Ziel beim Aufbau dieser modernen Imperien war der Zugriff, die Monopolisierung und erbarmungslose Ausbeutung der Rohstoffe, um den phantastischen Reichtum der Kapitalisten der imperialistischen Mächte weiter anschwellen zu lassen. Der britische Imperialismus war der erste, der sich erhob: tiefend mit dem Blut von Millionen; er eroberte 11,6 Mio. Quadratmeilen an Kolonien bis 1886 und versklavte 345 Mio. Einwohner, um den Klasseninteressen seiner Finanziers und Industriellen zu dienen. Land wurde gestohlen, manchmal im Austausch mit einigen Geschenken wie Perlen oder Alkohol an Stammeshäuptlinge, ansonsten durch Niedermetzeln. Einheimische Industrien (so in Indien und Irland) wurden bewußt zerstört, um „freien Wettbewerb“ mit den Industrien des „Mutterlandes“ zu verhindern, wie mit der Textilindustrie in Nordengland. Kopfsteuern wurden erhoben, um die eingeborene Bevölkerung von ihrem Land zu vertreiben, hinein in die Minen, Plantagen und Fabriken der erobernden imperialistischen Macht, um so Millionen als billige Arbeitskräfte zu versklaven. Das Blut und die Knochen von acht Millionen Toten wurden in den Schützengräben verspritzt und verstreut, weil die alte, an Unterinvestition leidende Industrie des britischen Imperialismus von der moderneren Industrie des deutschen Imperialismus herausgefordert wurde.

Bis 1900 hatten Britannien, Frankreich und Deutschland 81% der kolonialen Welt erobert. Vor dieser Zeit fand der sich ausbreitende Kapitalismus neue Absatzmärkte für Waren, Kapitalinvestitionen und Ausbeutung der Mineralienreichtümer in „jungfräulichen“ Gebieten wie Kanada, Australien und dem Westen von Amerika. Natürlich genehmigten sich die erobernden Kapitalisten dabei so kleinere Details wie den Völkermord an eingeborenen Völkern, wie an den amerikanischen Indianern, die zwischen 1869 und 1890 in Kriegen, durch Krankheiten und Massendemoralisierung angesichts eines ihnen aufgezwungenen Systems fast ausgerottet wurden.

Aber um 1900 gab es nicht mehr viel auf der Erde, das kolonialisiert hätte werden können. So vereinigten sich rivalisierende Banden von imperialistischen Plünderern, um die Welt neu aufzuteilen. Dieser Kampf, die Welt neu aufzuteilen, führte zwangsläufig zu Krieg, einschließlich dem 1. Weltkrieg. Um dieses Blutbad zu beenden, waren die Revolutionen in Rußland 1917 und Deutschland 1918 nötig.

Nach 1918 übten die siegreichen imperialistischen Mächte Rache an den besiegten deutschen Imperialisten, indem sie deren Industrie zerstückelten und mit dem Versailler Vertrag Kriegsreparationen auferlegten.

Durch die verpaßten Möglichkeiten für eine sozialistische Revolution in Deutschland 1918–1923 und den folgenden Sieg des Faschismus wurde Krieg wieder unvermeidlich. Der Faschismus war eine besonders blutige Form kapitalistischer Herrschaft, blieb im wesentlichen aber deutscher Imperialismus. Seine Interessen und die von Japan prallten voll mit denen von Britannien, Frankreich und den USA zusammen. Der Kampf um Märkte führte wieder einmal zur Massenabschlachtung von Arbeitern. In den Worten des amerikanischen Sozialisten Daniel de Leon: „Blutbad ist ein Gespenst, das den Fersen des Kapitalismus auf Schritt und Tritt folgt.“

In den letzten 40 Jahren war der Imperialismus gezwungen, in seiner Herrschaftsform zum taktischen Rückzug zu blasen, um im wesentlichen seinen Würgegriff über die Weltwirtschaft aufrechtzuerhalten. Seit den 40ern stellte eine Reihe von kolonialen Revolutionen die Macht des Imperialismus in Frage. Immer wieder mußte die direkte koloniale Herrschaft durch die Bewilligung formaler Unabhängigkeit preisgegeben werden. Solche Zugeständnisse sind als zumindest ein halber Schritt nach vorne zu begrüßen. Aber harte Tatsache ist, daß der Imperialismus weiter die ex- und halbkoloniale Welt durch andere Mittel als direkte koloniale Besatzung unterjocht. Imperialismus bleibt völlig erhalten als Monopolkapitalismus.

Reichtum ist heute in einem Ausmaß konzentriert, das die Trusts und Kartelle von 1900 wie Tante-Emma-Läden aussehen läßt. Die weltweit 200 größten transnationalen Gesellschaften hatten 1986 einen jährlichen Umsatz von über 3 Bio. Dollar – fast 30% der Weltproduktion. Unter ihnen sind die „sechs häßlichen Schwestern“ (die sechs größten Öl-Multis), die die Ölindustrie der Welt kontrollieren. Diese multinationalen Supergiganten, in einem engen Geflecht von Banken und Industrie, halten die gesamte Erde in ihrer schrecklichen Umarmung, pressen Millionen von Menschen ihr Leben lang aus. Die zwei Drittel der Erdenbevölkerung, die in der 3. Welt leben, haben eine um 24 Jahre geringere Lebenserwartung als der Durchschnitt in den industrialisierten Nationen.

Die moderne Form der imperialistischen Vorherrschaft bringt Bedingungen hervor, in denen 800 Mio. Menschen (laut Weltbank) „unterhalb irgendeiner vernünftigen Definition von menschlicher Würde“ leben, in denen eine einfache Krankheit wie Durchfall 15 Mio. jedes Jahr umbringt und in denen jede Sekunde eine Person an Hunger oder von ihm verursachten Krankheiten stirbt. Imperialismus bestimmt weiter die

wirtschaftliche Leistung der kolonialen Nationen. Früher erobertes Land wird weiter gewaltsam für die Anpflanzung von ein oder zwei Früchten oder für den Abbau von Mineralien für den Export in die imperialistischen Wirtschaften benutzt, ohne Rücksicht auf den massenhaften Hungertod und die wirtschaftlichen Entstellungen, die daraufhin Millionen zunichte machen. 60% der Exporteinnahmen unterentwickelter Nationen kommen durch gerade 18 Rohstoffe rein.

Imperialismus bestimmt weiter die Handels- und Austauschbedingungen, was bedeutet, daß die Preise, die vom Westen für Rohstoffe bezahlt werden, sich in keiner Weise messen können mit den Preisen, die der 3. Welt für verarbeitete Güter herausgezogen werden, die ihnen der Westen verkauft. Der Internationale Währungsfonds (IWF) nimmt als Maßeinheit einen Korb von Grundstoffen – ohne Öl und Gold –, dem er die verarbeiteten Güter gegenüberstellt, die damit gekauft werden könnten. Dieser Index begann 1957 mit 100, überstieg seither 100 nur einmal (1973) und fiel 1985 auf 66!

Die Kosten landwirtschaftlicher Rohstoffe für die westlichen Monopole fielen 1985 um 10%, während die für Metalle um 15% fielen. Die Ölpreise mußten auf 80 Dollar pro Barrel steigen, um nur den Stand von 1950 zu erreichen. Für den Imperialismus bedeutet der Superprofit, einer der Faktoren, die den achtjährigen Aufschwung in den 80ern hervorrief. Für Millionen in der kolonialen Welt bedeutet es den Hungertod. In der Folge der kapitalistischen Aufschwünge hat sich der Graben zwischen den imperialistischen Nationen und ihren Opfern vergrößert. Die unterentwickelte Mehrheit der Nationen konnte ihren Anteil am Welthandel von 28% 1980 auf 19% 1986 stürzen sehen.

Die Weltschuldenkrise ist eine moderne Form imperialistischer Plünderi.

Der IWF und die Weltbank wurden 1944 gegründet um die Räder der imperialistischen Profitgier im Rest der Welt zu schmieren. Sie schützen die Interessen der privaten westlichen Banken und ihrer staatlichen Bürgen. Sie organisieren Kredite, damit die Zinsen auf die alten Kredite zurückgezahlt werden. Als Mexiko 1982 drohte, seine Schuldenzahlungen einzustellen, machte damals öffentliches Geld 40% der 9 Mrd. Dollar im

IWF-Rettungsfonds aus. Aber 75–80% von Mexikos Schulden (und damit der Zinsenzahlungen) gehen an private Banken. Also ließ der IWF das Geld der Steuerzahler in die Bankenmonopole fließen.

Der IWF zwingt Schuldernationen auf grausame Weise, Nahrungsmittelsubventionen, Gesundheitsfürsorge, Bildung und für den Inlandsmarkt bestimmte Produktion von Exportfrüchten zusammenzustreichen, um die Zinsen für die Schulden zu zahlen. Hungersnot – und immer wieder Hungerrevolten – folgen unmittelbar nach IWF-Sparprogrammen. Oxfam (britische caritative Organisation) gibt an, daß für jede DM, die für wohlthätige Zwecke in den Entwicklungsländern gesammelt wird, 9 DM aus diesen Ländern von Banken und Finanzgesellschaften wieder herausgeholt wird. Land, das früher dazu diente, Menschen zu ernähren, dient jetzt dazu, den Banken über cash-crop-Produktion (für den Export angebaute Früchte) Profite zu verschaffen. Und nur fünf Monopole kontrollieren den Getreidehandel des Westens.

Eine neue Wendung für den Imperialismus ist der Nettoexport von Kapital aus den unterentwickelten in die imperialistischen Nationen. Von 1982 bis 1985 erhielt Lateinamerika 38 Mrd. Dollar an Hilfgeldern



Entwicklungshilfe, nach IWF-Art: Die ärmsten Länder der Welt „schenken“ den reichsten über 50 Mrd. \$ jedes Jahr allein durch Zinsen, Gewinne und Rückzahlungen von Schulden.

und Investitionen, aber zahlte 144 Mrd. Dollar an Schuldentrückzahlungen, ein Nettoexport von 106 Mrd. Dollar. Hinzu kommt die inoffizielle „Flucht“ von Kapital, wenn korrupte Eliten in den Schuldernationen ihr Bares zurück, in westlichen Banken auf die Seite schaffen. Westliche Industrielle erhalten durch die Schuldenabkommen Verträge und Profite. Aber das Kapital, das von der Schuldernation „geflohen“ ist,

erscheint in den Büchern der Banken als eine Schuld, auf die Zinsen zu zahlen sind. So machen die Banken auf zweierlei Art Profite, durch Zinszahlungen und durch Einlagen von Ausländern. 1986 machte die geschätzte Kapitalflucht der zehn größten lateinamerikanischen Schuldner 70% der neuen Darlehen von 1983 bis 1985 aus. In Mexiko betrug die Kapitalflucht zwischen 1983 und 1985 16 Mrd. Dollar, bald doppelt so viel wie die 9 Mrd. Dollar an Schulden (im selben Zeitraum).

Die vorherrschenden Monopole beherrschen die Politik der imperialistischen Regierungen. Zum Beispiel wurde BPs (British Petrol) iranisches Vermögen 1951 von der radikalen Mossadeq-Regierung verstaatlicht. Bis 1953 hatten die USA und Britannien unter Zuhilfenahme des CIA Mossadeq abgesetzt, die Schah-Diktatur wieder inthronisiert und BPs Profite durch Reprivatisierung wiederhergestellt. Dieselben Klasseninteressen untermauern den gegenwärtigen Angriff auf den Irak.

Aber der moderne Imperialismus entfesselt nicht nur wirtschaftlichen Terror gegen die Millionen der kolonialen Länder. Mit ihm gehen politischer und immer wieder militärischer Terror mit all den alten Mitteln der Täuschung und des Teile-und-Herrsche einher. Imperialistische Vorherrschaft über die Welt verhindert sogar begrenzte kapitalistische Demokratie in der übergroßen Mehrheit der ex-kolonialen Nationen. Tatsächlich waren die demokratischen Rechte, die den Arbeitern in den imperialistischen Nationen zugestanden werden, zum Großteil auf Kosten der Rechte und Bedingungen der kolonialen Völker möglich. Indem sie unbarmherzig Millionen versklaven und ihr Land und natürliche Reichtümer rauben, waren imperialistische Mächte wie Britannien in der Lage, Zugeständnisse bei Wahl- und Organisationsrecht zuhause zu machen. Sie konnten oberen Schichten der Arbeiterklasse kleinere Privilegien zugestehen – Reformen von oben, um die Revolution von unten zu verhindern.

Im alten Griechenland kamen auf jeden freien Mann vier Sklaven. In den modernen imperialistischen Staaten kommen auf jeden Bürger mit demokratischen Rechten eine große Zahl von hungrigen, unterdrückten Menschen in Nationen, die vom Imperialismus beherrscht werden.

Die westlichen Imperialisten zerschlagen demokratische Rechte, unterstützen Marionettendiktatoren und dann beschuldigen sie ihre Anhängsel, undemokratisch zu sein, wenn diese ihre Marionettenfäden durchtrennen, wie Noriega in Panama und Saddam im Irak. Auf der anderen Seite haben Aufstände der kolonialen Massen Zugeständnisse an die arbeitende Bevölkerung der imperialistischen Nationen erzwungen. Die Ausweitung des Wahlrechts in Britannien beruhte nicht nur auf der Kampagne daheim, sondern fiel mit der

Bedrohung der britischen Herrschaft in Irland und Indien zusammen.

So können die Arbeiter in den fortgeschrittenen imperialistischen Nationen vom Kampf der Arbeiter und Bauern in Asien, Afrika und Lateinamerika gegen den Imperialismus gewinnen. Siege des Imperialismus gegen diese Kämpfe bedrohen auch die Rechte der britischen, amerikanischen und französischen Arbeiter.

In der Zeit nach der Niederlage in Vietnam mußte der US-Imperialismus vorsichtiger vorgehen, wenn Interventionskriege gegen koloniale Revolutionen ins Auge gefaßt wurden. Sie waren machtlos, im Iran einzumarschieren, als in der Revolution 1979 ihre Marionette, der Schah gestürzt wurde. Aber wenn ihr Klasseninteresse unmittelbar auf dem Spiel steht, ist der Imperialismus bereit, alles zu riskieren, wie in der blutigen Auseinandersetzung mit dem Irak. Imperialistische Herrschaft braucht strategische Macht und Ansehen, wenn die unterdrückten Völker in ihren Ketten gehalten werden sollen. Saddams Einmarsch in Kuwait stellte diese Macht und dieses Ansehen in Frage, außerdem trat er auf ihre Lebensader Öl. Sie waren gezwungen, den größten Weltkonflikt seit 1945 zu beginnen.

Imperialismus bedeutet Krieg und nur der internationale Sieg der Arbeiter kann auf Dauer Frieden sichern. Es ist genauso vergeblich, im Weltkapitalismus für Frieden zu beten, wie sich in einem Bordell für sexuelle Enthaltbarkeit einzusetzen. Während er sich hinter dem berechtigten Haß der westlichen Arbeiterklasse gegenüber der Monster-Diktatur Saddams versteckt, führt der Imperialismus einen Krieg der kolonialen Versklavung gegen die arabischen Arbeiter und Bauern. Der Sieg des Imperialismus im Golf wird seinen Todesgriff über das Leben und die Existenz der Arbeiter und Bauern in der ganzen Welt stärken. Es ist ein Sieg für die Ölscheiche, für die Industriellen, die billige Energie wollen, für die Banken, die die Schuldernationen erwürgen, für die Rüstungsproduzenten, die vom Krieg profitieren und es wird die Schuldernationen zwingen, Waffenkäufe zu steigern und die Sozialleistungen zu kürzen, um den Forderungen des IWF nachzukommen. Es wird die Fähigkeit des Imperialismus, die Welt zu beherrschen, verlängern, einschließlich seiner Fähigkeit, über die „eigenen“ Arbeiter daheim zu herrschen und sie auszubeuten.

Krieg ist eine Fortsetzung der Klassenpolitik mit gewaltsamen Mitteln. Der Golfkrieg ist eine Fortsetzung des Imperialismus mit all seiner weltweiten brutalen Ausbeutung von Arbeitern und Bauern. Es ist die Pflicht der internationalen Arbeiterbewegung, Bushs und Majors imperialistischen Krieg standhaft entgegenzutreten und ihm die einzige friedliche, menschliche Alternative entgegenzuhalten – ein sozialistisches Großbritannien, sozialistische Vereinigte Staaten von Amerika und ein sozialistischer Naher Osten.

Das Baltikum im Griff des Militärs

Während die Augen der Welt auf den Krieg am Golf gerichtet waren, erreichte der Nationalitätenkonflikt in den baltischen Republiken dramatische Dimensionen. Mit dem Hintergrund dieses Konflikts beschäftigt sich Per Olsson im folgenden Artikel. Er erschien Anfang diesen Jahres in der marxistischen Zeitung OFFENSIV aus Schweden und wurde von Holger Wulf, Lübeck, übersetzt.

Die Beerdigungen der Opfer, die im Widerstand gegen die Besetzung zentraler Gebäude in Viling/ Wilna (Litauen) und Riga (Lettland) durch die „rote“ Armee umkamen, weiteten sich zu massiven Demonstrationen aus. Hunderttausende protestierten gegen die militärischen Aktionen Moskaus und für ein unabhängiges Baltikum.

Die militärischen Aktionen gegen die baltischen Staaten sind Ausdruck für die wachsende Krise innerhalb der herrschenden Cliques im Kreml. Das Chaos und der innere Zerfall hat der stalinistische Flügel der Bürokratie als Vorwand benutzt, eine Offensive gegen die oppositionellen Gruppen und die nationalen Freiheitsbestrebungen zu fahren. Bereits vor Weihnachten hat Gorbatschow die baltischen Republiken gewarnt, den Ausnahmezustand zu verhängen und eine Präsidentschaft einzuführen. Nur mit der Hilfe des Militärs, mit Panzern und Elitesoldaten kann Gorbatschow solch ein diktatorisches Eingreifen durchführen.

Die Spekulationen von bürgerlichen Kommentatoren, daß Gorbatschow nichts vom brutalen militärischen Vorgehen in Litauen wußte, sind wirklich lächerlich. Dies widerspiegelt nur, wie der Westen fortfährt, seine Hoffnungen auf Gorbatschow zu setzen, ohne einzusehen, daß er mit diktatorischer Macht ausgestattet ist und bereit, diese auch einzusetzen. Gorbatschow bekam 1990 den Friedensnobelpreis – im gleichen Jahr, als er Militär nach Aserbajdschan schickte, hauptsächlich um

die Volksfront niederzuschlagen und die alternativen Machtorgane, die in einigen Städten errichtet worden waren, zu zerstören. Diese militärische Intervention tötete fast 100 Menschen, bei voller Unterstützung des Westens. Aber der Konflikt im Kaukasus wurde dadurch nicht im Geringsten gelöst.

1990 wurde der Ausnahmezustand in größerem oder kleinerem Ausmaß in sechs von 15 Sowjetrepubliken eingeführt. Im Frühjahr letzten Jahres rollten Panzerwagen nach Litauen, das einer Wirtschaftsblockade ausgesetzt war. 1988 begann die Forderung nach mehr nationaler Freiheit im Baltikum aufzukommen. Zu Anfang war sie recht vorsichtig formuliert und oftmals waren die Demonstrationen eine Unterstützung von Gorbatschows „Glasnost“ und „Perestroika“. In allen baltischen Staaten, Litauen, Lettland und Estland bildeten sich Volksfronten, die schnell eine große Unterstützung im Volk genossen. Die Volksfronten umfaßten eine Menge verschiedener Organisationen,

von Umweltschutzvereinen über bürgerlich-nationalistische Gruppen bis hin zu Mitgliedern der sogenannten „Kommunistischen“ Partei. Die Arbeiterklasse spielte eine recht kleine Rolle in dieser Organisation, denn sowohl in Estland wie auch in Lettland sind die Industriearbeiter in den Städten oft Russen. In Litauen verhält es sich anders, 80% der Einwohner sind tatsäch-

lich Litauer, es gibt nur eine kleine russische und polnische Minderheit.

In den Parlamentswahlen 1990 bekam Litauens Volksfront Sajudis 90% der Stimmen. Im März 1990 war Litauen die erste Republik, die sich als selbständig ausrief und die UdSSR verlassen wollte. Moskau weigerte sich, die Unabhängigkeitserklärung anzuerkennen. Nach der Drohung einer direkten militärischen



Machtübernahme und der Wirtschaftsblockade war die Volksfront gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Der Westen unterstützte die Selbständigkeitserklärung Litauens nicht. Sajudis wurde kritisiert, sie ginge zu weit. Genauso krisierte Kohl am 15. Januar die baltischen Staaten, als er sagte, „sie wollen lieber einen großen Schritt machen, als hundert kleine“.

Innerhalb von Sajudis konnte man eine große Zersplitterung seit dem Frühjahr 1990 verzeichnen. Was die Führung einte, war die Angst vor den Arbeitern Litauens. Als die Demonstrationen und Streiks Anfang des Jahres gegen die starken Preiserhöhungen ausbrachen, entließ Präsident Landsbergis die Premierministerin Brunskilde und schob ihr die Schuld an den Preissteigerungen in die Schuhe.

Durch die Oktoberrevolution 1917 und die Machtübernahme der Bolschewiki gewann Litauen 1918 seine Selbständigkeit. Aber durch Stalins Besetzung des Baltikums 1940 als eine Folge des Hitler-Stalin-Paktes wurden die baltischen Staaten in die stalinistische UdSSR einverleibt. Vor diesem Hintergrund ist der besonders stark ausgeprägte Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit der Balten zu betrachten. Die totale Sackgasse, in der sich die Bürokratie in den 80er Jahren befand und die tiefe Krise der UdSSR hat alle politischen und nationalen Gegensätze, die sich in Jahrzehnten von Unterdrückung angesammelt haben, verschärft. Seit Gorbatschow 1985 an die Macht kam, wurden als Folge nationaler Widersprüche 1000 Personen getötet, 8500 verletzt und ca. 70.000 wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Die Menschen in den baltischen Staaten sehen die Selbständigkeit als den schnellsten Weg, sich dem Lebensstandard des Westens anzunähern. Durch das Fehlen einer echten marxistischen Alternative entstehen starke Illusionen in die kapitalistische Marktwirtschaft, und die Bedingungen im Baltikum zwischen den beiden Weltkriegen werden idealisiert. Das bürgerlich-nationalistische Programm der Volksfront spiegelt diese Illusion wider.

Marxisten unterstützen das Recht auf nationale Selbstbestimmung und damit auch das Recht auf Abspaltung. Die Bevölkerung muß selbst entscheiden, ob sie die UdSSR verlassen will oder nicht. Aber gleichzeitig, wie Marxisten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einstehen, für das Recht, seine eigene Sprache zu sprechen, und dafür, daß keine Sprache eine andere dominiert, das Recht seine eigene Kultur zu praktizieren usw., sind wir Internationalisten. Ein kapitalistisches Litauen wäre alles andere als eine freie Nation. Litauens eigene Geschichte in der Zeit zwischen den Kriegen war geprägt von einer kapitalistischen Diktatur seit 1926, und die Hauptstadt Wilna war ein Teil Polens.

Die bürokratische Unterdrückung ist eine politische und nationale Unterdrückung, die Arbeiter aller

Nationalitäten betrifft, auch die Russen. Es ist eben diese Unterdrückung, die verhindert, daß die gewaltigen Ressourcen der UdSSR für eine allseitige und demokratische Entwicklung verwendet werden. Diese Unterdrückung kann nur zerschlagen werden, wenn die Arbeiter die Macht ergreifen.

Nach den Erfahrungen der Ereignisse in Litauen im Frühjahr 1990 und der brutalen Entwicklung, die nun eingeleitet wurde, stellt sich die Frage, wie die bewaffneten Kräfte des Staates gespalten und zurückgetrieben werden können. Kann der Kampf weitergehen? Das Chaos und die Warenbeschränkungen, der Zerfall, der drohende Bürgerkrieg, der Verlust Osteuropas und die wachsende Krise in den bewaffneten Kräften hat im Militär die Forderung nach einer Rückkehr zur „alten Ordnung“ gestärkt. 1990 hat eine halbe Million Jugendlicher sich geweigert, dem Einberufungsbefehl zu folgen, 10%! Die zweitgrößte Teilrepublik, die Ukraine, beschloß, ihre eigene Armee aufzubauen, und in der westlichen Ukraine sind weniger als 1% der Einberufenen eingertückt, in den baltischen Staaten 12–25%. Um seine Macht zu zeigen, daß man immer noch Kräfte hat, um zuzuschlagen, griff das Militär zuerst die baltischen Staaten an. Das Militär hofft, daß Panzer und Soldaten auf den Straßen und die Besetzung strategisch wichtiger Gebäude die Volksfront zwingen, zurückzutreten. Wenn man versuchen wird, eine totale militärische Besetzung durchzuführen, dann mit dem Ziel, die anderen Republiken zu warnen, was sie erwartet, wenn sie die Sowjetunion verlassen wollen. Die baltischen Staaten sind trotz allem sehr klein, das Militär kann sie schnell besetzen.

Es ist eine völlig andere Sache, eine militärische Besetzung von Georgien oder der Ukraine zu versuchen oder gar einen Militärputsch in Rußland durchzuführen. Die militärische Führung hat jedoch klargemacht, daß neue Truppen – außer ins Baltikum – nach Moldawien, Georgien, Armenien und die westliche Ukraine geschickt werden sollen. Ziel dieser militärischen Eskalation ist es, die zentrale bürokratische Autorität wieder einzuführen und zu stärken. Ob das glückt, ist aber eine andere Sache. Das Militär benutzt das Chaos, den Mißstand mit Preiserhöhungen und die Warenknappheit als Vorwand für sein Handeln.

In den baltischen Staaten, besonders in Estland und Lettland, hat die nationalistische Politik der Volksfront (keine Zulassung der Zweisprachlichkeit, keine Bürgerrechte für Russen, Abbruch des Handels mit anderen SU-Republiken, kräftige Preissteigerungen) Teile der russischen Bevölkerung in die Arme der Kreml-Bürokratie getrieben. Diese Spalterpolitik und die Tatsache, daß nichts unter der Herrschaft der Volksfront besser wurde, hat gezeigt, daß bürgerlich-nationalistische Politik kein Weg nach vorne ist.

Das Militär kann das Baltikum übernehmen. Das Tragische an der Situation dieser Tage ist, daß es noch keine Massenbewegung gibt, die einen Kampf organisieren kann, der die bewaffneten Kräfte spalten und sie damit zu Rückzug zwingen kann. Damit Soldaten die Befehle verweigern können, muß die Alternative der Oppositionsbewegung glasklar sein. Die Massenbewegung muß im Programm und Handeln zeigen, daß man auch für Forderungen kämpft, die die Soldaten als ihre eigenen erkennen können. Ein bürgerlich-nationalistisches Programm kann dieses Ziel nicht erreichen. Der Kampf wird begrenzt und die Einheit der Arbeiter und



Wilnius, Januar 1991: Gorbatschow wendet die seit Stalin altbewährten Methoden an. Die Arbeiter antworten mit einem Appel an die Soldaten.

anderer unterdrückter Gruppen wird verhindert in einer Lage, wo der Aufstand ausgeweitet und vereinigt werden muß, in der gemeinsamen Forderung gegen den gemeinsamen Gegner, den zentralen bürokratischen Machtapparat und dessen bewaffnete Kräfte.

Nur durch einen revolutionären Kampf der Arbeiter, der auf die übrigen Teile der UdSSR ausgeweitet wird, können die baltischen Völker und die unterdrückten Nationen befreit werden. Ein Programm für sozialistische Demokratie vereint den Kampf gegen die alten Stalinisten mit dem Kampf gegen den sogenannten „liberalen“ Flügel der Bürokratie, der eine Rückkehr zum Kapitalismus will und der nicht zögern wird, diktatorische Maßnahmen anzuwenden, um dieses Ziel zu erreichen. Oder wie ein Schriftsteller im „Srenska Dagbladet“ (große schwedische Tageszeitung) vor Weihnachten schrieb: „Die sogenannte Sinatradoktrin (I do it my way), die die ehemaligen Salitenstaaten sich befreien ließ, gilt nicht, wenn die Sowjetrepubliken den

gleichen Weg gehen. Die Vorstellung, wie die Ordnung aussieht, kann variieren. Ältere Militärs und orthodoxe Parteimitglieder träumen vielleicht von einer Rückkehr eines beinahe stalinistischen Systems. Mehr radikalere Politiker sehen die Notwendigkeit, eine Wirtschaftsliberalisierung durchzuführen, unter autoritärer Herrschaft à la Pinochet ...“ Dies ist die Alternative, die die Herrschenden anbieten. Das bedeutet, daß das Militär seine Stärke nun testet und alle Macht im Krenl zentralisiert.

Aber diese Methoden führen dazu, daß alle Widersprüche in der UdSSR verschärft werden, und das Militär hat keine politische Alternative, genauso wie kein anderer Flügel der Bürokratie ein politisches Programm gegen das zunehmende Chaos und den Zusammenbruch hat. Die Lage ist ernst – und jedes Ermessen von Zukunftsperspektiven beinhaltet auch Vorsicht und Vorbehalt. Die Provokationen des Militärs können zu einem sich ausbreitenden Aufstand führen, die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Warenknappheit, die drohende Arbeitslosigkeit und die Preissteigerungen können zu Streiks führen,

und solche Proteste können das Militär zwingen, einen Schritt zurück zu machen.

Die schwere Situation, die jetzt existiert, zusammen mit verstärkter Unterdrückung führt zur Gegenreaktion der Masse. Diese wird sich in der Armee widerspiegeln und die Bürokratie noch mehr spalten. OFFENSIV unterstützt alle Arbeiter, Männer und Frauen, Alte und Junge, die versuchen, den Kampf gegen die diktatorischen Bestrebungen der Bürokratie aufzunehmen.

Die sowjetischen Massen werden nicht ohne Kampf ihre neuerrungenen Rechte aufgeben. Sicherlich wird der Kampf Rückschläge erleiden, aber in Zukunft werden die Massen alle Hindernisse überwinden, die einer demokratischen, sozialistischen Umwandlung der Sowjetunion im Wege stehen – für Arbeiterdemokratie und nationale Freiheit!

(Januar 1991)

VORAN-Broschüren

- **Krieg und Frieden**
der Standpunkt von Marxisten, 24 Seiten, Format A4, 3,- DM
- **Krieg und Revolution im arabischen Raum**
24 Seiten, Format A4, 3,- DM
- **Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung**
40 Seiten, Format A4, 3,- DM
- **Gegen Faschismus**
fotokopierte Artikelsammlung zu Neonazis, 14 S., Format A4, 2,- DM
- **Jugend für Sozialismus**
kapitalistischer Alltag – sozialistisches Programm, 52 S., A4, 2,50 DM
- **Reformismus oder Marxismus**
eine Antwort auf die „53 Thesen“ des Hannoveraner Kreises,
48 Seiten, Format A5, 2,50 DM
- **Die Französische Revolution von 1789**
24 Seiten, Format A5, 1,50 DM
- **Wahlkampfinfo 1990**
Acht Jahre Kohl = Acht Jahre Aufschwung für die Reichen,
eine Bilanz der Kohl-Regierung, 16 Seiten, Format A4, 2,50 DM
- **Kampagne-Faltblätter**
gegen Angriffe auf die Post und den Bergbau, Format A4, je -,50 DM

Außerdem erhältlich:
VORAN-Aufkleber
Format 15 cm x 5 cm
1,- DM



Rosa-Luxemburg-Aufkleber
Durchmesser 10 cm, 1,- DM



Rote Sterne
zum Anstecken
emailliert, 3,50 DM

Bestellungen bitte an:
Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504

Mehr als nur eine linke Zeitung

VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Falken und Gewerkschaftern getragen, finanziert und verbreitet, die den Marxismus als lebendige Anleitung zum Handeln verstehen. Sie ist politisch und finanziell unabhängig von reichen Einzelpersonen oder Unternehmern, aber auch von der SPD- und Gewerkschaftsführung. Abhängig ist sie dagegen von ihren Lesern, Unterstützern und Abonnenten.

Zeitgemäß und realistisch sind heute angeblich Lobgesänge auf die „freie Marktwirtschaft“, da sind sich Bush, Kohl, Lafontaine und Gorbatschow einig. VORAN dagegen ist die Plattform für alle Sozialisten, die nach wie vor für die Enteignung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und den Aufbau einer demokratischen Planwirtschaft eintreten. Sie richtet sich sowohl an die kritische Mitgliedschaft von SPD und Gewerkschaften als auch an parteipolitisch unorganisierte Jugendliche und Arbeiter(innen).

Seit dem ersten Erscheinen 1973 nimmt VORAN einen klaren Klassenstandpunkt ein – gegen das kapitalistische Profit- und das stalinistische Mißwirtschaftssystem, gegen die Ausbeutung der „3. Welt“.

Der Weg zur sozialistischen Demokratie führt über die sozialistische Erneuerung der Arbeiterorganisationen und den Aufbau eines starken marxistischen Flügels bei den Jusos und in der SPD. Dabei kannst auch Du mithelfen, indem Du VORAN abonnierst, politisch und finanziell unterstützt und die Zeitung weiterverbreitest.



Das gibt es jeden Monat auf 12 Seiten:

-  Aktuelle Berichte zu Angriffen von Kohl und Kapital und Gegenwehr.
-  Kritische Auseinandersetzung mit der Politik von SPD, Jusos und Gewerkschaften.
-  Internationale Berichte, Analysen und Perspektiven.
-  Theorie und Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.
-  Berichte aus Betrieb und Gewerkschaft.
-  Aktionsbeispiele von aktiven Jusos und VORAN-Unterstützern.

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504
Überweisungen auf: Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Kto.-Nr. 250059-480



Ja, ich möchte

VORAN abonnieren

- 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- Förderabo zu 20 DM (6 Ausgaben)

VORAN unterstützen

- und bitte um weitere Informationen
- und will VORAN weiterverkaufen und bestelle — Exemplare (in Kommission, Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name, Anschrift, Telefon